



Fragestunde

Gestützt auf Art. 59 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates findet einmal jährlich eine Fragestunde statt.

Die Mitglieder des Einwohnerrates hatten Gelegenheit, ihre Fragen bis 14 Tage vor der Sitzung schriftlich einzureichen. Es sind 4 Frageschreiben eingegangen.

Frageschreiben 1 (Peter Erny, SVP) - Umbau Schulhaus Müli

Der Umbau des Schulhauses Müli hat gemäss Medienmitteilung zu Verzögerungen geführt. Gemäss Informationen sind Probleme mit den offerierten Fenstern einer auswärtigen Fensterfabrik aufgetreten. Die ganze Prozedur zieht grosse Verzögerungen nach sich. Der Bau soll praktisch stillstehen, weil das ganze in einem Gerichtsverfahren bereinigt werden muss.

Die Folgen sind neben der Verzögerung wohl auch grosse Kosten. Die Schüler müssen mit Bussen in die Säge bzw. Langelen gebracht werden.

- a) Warum kam es zu der Auseinandersetzung über die Vergabe, welche zu diesem Rechtsstreit führte?
- b) Wer ist verantwortlich für die aktuelle Situation?
- c) Weshalb hat der Rechtsdienst nicht auf die aktuellen rechtlichen Probleme aufmerksam gemacht?
- d) Welches Ressort muss für die entstehenden Kosten aufkommen? Speziell im Bereich des Transports der Schulkinder?
- e) Wieso ist das Hochbaudepartement nicht in der Lage, Fenster von einer der ansässigen bzw. benachbarten Fensterfirmen offerieren zu lassen?

Beantwortung Max Eugster, Gemeinderat

Frageschreiben 2 (Ralf Menet, SVP) - Aufgaben- und Leistungsüberprüfung

Durch die angespannte finanzielle Situation des Kantons werden Kosten auf die Gemeinden abgewälzt. Der Regierungsrat hat aus diesem Grund unter anderem eine Aufgaben-Verzichtsplanung gemacht.



In ähnlicher Situation des Sparens befindet sich auch Gossau. Hier legt der Stadtrat dem Stadtparlament einen Massnahmenkatalog mit 37 Punkten vor, die eine Einsparung von 2.2 Mio. bewirken soll. Bis 2018 sogar 4.3 Mio. Quelle: gossau.ch

Herausforderung gilt es anzunehmen und eine Pro-Aktive Haltung einzunehmen. Ein lamentieren und ein Abschiebung der Verantwortung zwischen Parteien, Kanton und Gemeinde ist meiner Auffassung nach nicht Ziel führend.

Nun zu meinen konkreten Fragen:

1. Sieht der Gemeinderat eine Aufgaben- und Leistungsüberprüfung resp. eine Aufgaben-Verzichtsplanung ebenfalls in Erwägung ähnlich des Kanton Appenzell Ausserrhoden oder der Stadt Gossau?
2. Wann wäre diese Prüfung im Idealfall abgeschlossen resp. wie viel Zeit benötigt der Gemeinderat um diese vorzunehmen?
3. Wenn diese Prüfung für den Gemeinderat nicht in Frage kommt, bevorzugt er eine lineare Kürzung von 3-5 % auf allen Budgetpositionen?
4. Bei gleich bleibenden Einnahmen und den erhöhten Ausgaben wird das Konto Vor- und Rückschläge bis 2014 abgebaut sein. Welches sind weitere denkbare Massnahmen die der Gemeinderat in Erwägung zieht um nicht in einen Engpass zu kommen?
5. Kann der Gemeinderat ein Bekenntnis abgeben, dass er nur als letztes Mittel eine Steuererhöhung ins Auge fasst und zuvor versuchen wird, auf der Ausgabenseite Einsparungen zu erzielen?

Beantwortung Hans Stricker, Gemeindevizepräsident

Frageschreiben 3 (Kai Nagel, SVP) - Parkgarage Gutenberg

An der Sitzung vom 7. Juni 1989 hat der Einwohnerrat in abschliessender Kompetenz über die gemeinderätliche Botschaft vom 18. April 1989 "Baubeitrag und jährliche wiederkehrende Betriebsbeiträge für 85 öffentliche Parkplätze in der Überbauung der Gutenbergplatz AG" entschieden.

Das Protokoll der betreffenden Sitzung liegt diesem Schreiben bei. Die getätigten Aussagen betreffend Obstmarktgestaltung möchte ich nicht weiter kommentieren.

Nun zu meinen konkreten Fragen:

1. Wurde der Vertrag nach der 20-jährigen Laufzeit gekündigt. Wenn nein, welche Gründe sprachen dagegen?
2. Wurde der Vertrag in der Vergangenheit angepasst oder bezahlt die Gemeinde Herisau immer noch jährlich rund CHF 45'000 (CHF 30'000 plus Indexierung des Beitrages) an die Miteigentümergeinschaft Gutenberg?
3. Welche Möglichkeiten hat der Gemeinderat heute, um diesen Vertrag anzupassen resp. zu kündigen?



Beantwortung	Regula Ammann-Höhener, Gemeinderätin
Zusatzfrage	Kai Nagel, Einwohnerrätin SVP
Antwort	Regula Ammann-Höhener, Gemeinderätin

Frageschreiben 4 (Christian Oertle, SVP) - Hauswartstelle

Kurz vor der Fertigstellung des neuen Werkhofes wurde eine neue Hauswartstelle ausgeschrieben. Im Stellenbeschrieb wurde definiert, dass er für die Technischen Anlagen der ganzen Gemeinde verantwortlich sei. Von der politischen Seite, konnte davon ausgegangen werden, dass das fehlende Hauswartkonzept nun endlich umgesetzt wurde wie die GPK schon mehrmals gefordert hat.

Am Schluss der Bewerbungsphase konnte die Stelle mit einem jungen Herisauer Fachmann besetzt werden dessen Ausbildung dem Stellenbeschrieb entsprach.

Kurz nach Antritt seiner Stelle kündigte dieser Mitarbeiter nun aber bereits wieder. Aus dieser Tatsache gehen folgende Fragen hervor:

1. Was für Aufgaben wurden dem Stelleninhaber übertragen? Entsprachen diese dem Stellenbeschrieb?
2. Warum hat aus Sicht der Gemeinde der Mitarbeiter gekündigt?
3. Warum ist das Hauswartkonzept immer noch nicht umgesetzt?
4. Wie ändert sich der Stellenbeschrieb für eine neue Ausschreibung?
5. Was sind die Lehren aus dieser Anstellung und der zukünftigen Planung im Departement Hochbau?

Hinweis Hans Stricker, Gemeindevizepräsident

Die Fragen 1, 2, 4 und 5 können - aus datenschutzrechtlichen Gründen - nicht beantwortet werden.

Beantwortung
Frage 3 Max Eugster, Gemeinderat